

## 11. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Sitzungsort: <b>Sozialwerk Nazareth e. V., Friedenstr. 1, 26506 Norden-Norddeich</b>		
Sitzungsdatum: <b>06.11.2013</b>	Sitzungsbeginn: <b>15:00 Uhr</b>	Sitzungsende: <b>17:50 Uhr</b>

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
<b>Vorsitz</b>		
Kleinert, Ingeborg	SPD	
<b>Mitglieder</b>		
Albers, Angelika	GRÜNE	
Carow, Johanne	FW	
Dirksen, Dieter	CDU	Vertretung für Frau Friederike Dirks bis 17:45 Uhr
Forster, Hans	SPD	
Frerichs, Theo	CDU	bis 17:45 Uhr
Harms, Antje	SPD	Vertretung für Frau Anita Biller bis 17:45 Uhr
Ihnen, Hermann	SPD	bis 17:45 Uhr
Jeromin-Oldewurtel, Beate	GRÜNE	Vertretung für Frau Gila Altmann
Lüppen, Christel	SPD	Vertretung für Frau Barbara Kleen bis 17:45 Uhr
Odens, Roelf	CDU	
Sell, Erwin	SPD	
Sievers, Wolfgang	FDP	
<b>Grundmandat</b>		
Seelgen, Blanka	DIE LINKE.	
<b>Beratende Mitglieder</b>		
Bagusat, Klaus-Dieter		
Borm, Hans-Joachim		
Hülsebus, Dieter		

**Verwaltung**

Albers, Olga	Protokollführerin
Christoffers, Dieter	Amtsleiter Sozialamt
Gronewold, Heinz	Abteilungsleiter Ordnungsamt
Heeren, Eimo Dr.	Amtsleiter Amt für Gesundheitswesen
Jelden, Frauke	Gleichstellungsbeauftragte
Krabbe, Henni	Kreisrätin
Müller-Gummels, Rainer	Pressesprecher
Rewerts, Silke	Stellvertretende Gleichstellungsbeauftragte
Seemann, Volker	

**Nicht anwesend:**

**Mitglieder**

Altmann, Gila	GRÜNE
Biller, Anita	SPD
Dirks, Friederike	CDU
Kleen, Barbara	SPD

**Beratende Mitglieder**

Lüppen, Jürgen
Pieschke, Bärbel
Tobiassen, Bernd

**Tagesordnung**

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 22.08.2013 - öffentlicher Teil -
5. Sachstandsbericht über die Einführung des Sozialatlas
6. Sachstandsbericht über die Einführung einer "Landkreis-Card"
7. Bericht über die Zuweisung von Asylbewerberinnen und Asylbewerber in den Landkreis Aurich
8. Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 12.10.2013 und vom 15.10.2013: Wohnraum für Asylbewerberinnen und Asylbewerber  
Vorlage: VIII-AF/2013/022



- |     |  |
|-----|--|
| 9.  | Erweiterung des Selbstbehauptungstrainings für alle 5. Klassen an weiterführenden Schulen in Trägerschaft des Landkreises Aurich<br>Vorlage: VIII/2013/208 |
| 10. | Verschiedenes, Wünsche und Anregungen  |
| 11. | Schließung der Sitzung   |
- 

### Öffentlicher Teil:

#### TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die **Vorsitzende** des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung eröffnete die Sitzung um 15:00 Uhr und begrüßte die Mitglieder des Ausschusses, der Verwaltung und der Presse sowie die anwesenden Gäste. Bei dem Hausherrn des Sozialwerkes Nazareth e. V., Herrn Roman Siewert, bedankte sie sich für die freundliche Aufnahme in seinem Hause sowie für die Bewirtung.

Auch Herr Siewert hieß alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer herzlich willkommen und gab kurze Informationen über das seit 1977 bestehende Haus sowie über die dort verrichtete Arbeit, zu der auch die Asylarbeit gehörte. Er wünschte einen guten Sitzungsverlauf.

---

#### TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die **Vorsitzende** stellte fest, dass die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung ordnungsgemäß eingeladen wurden und der Ausschuss beschlussfähig sei.

---

#### TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung wurden keine Einwendungen erhoben.

---

#### TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 22.08.2013 – öffentlicher Teil –

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung beschloss einstimmig mit vier Enthaltungen wegen Nichtteilnahme, die Niederschrift über die Sitzung vom 22.08.2013 – öffentlicher Teil – zu genehmigen.

---

#### TOP 5 Sachstandsbericht über die Einführung des Sozialatlas

Zu diesem Tagesordnungspunkt trug KRin Krabbe einen von ihr erarbeiteten Vorschlag für einen internetfähigen Sozialatlas für den Landkreis Aurich vor. Hierfür seien drei Schritte notwendig:

Im ersten Schritt müsse die Personengruppe ausgewählt werden, für die Angebote gesucht würden, zum Beispiel Angebote für Seniorinnen und Senioren, für Familien, für Jugendliche oder für Migrantinnen und Migranten.



Im zweiten Schritt könne der gewünschte Ort ausgewählt werden, entweder alle Orte oder jeder einzelne Ort des Landkreises Aurich.

Im dritten Schritt könne ein Thema ausgesucht werden zu der bereits ausgesuchten Personengruppe und dem ausgewählten Ort. Als Angebotsthemen für Seniorinnen und Senioren gäbe es zum Beispiel „Haushaltsnahe Dienstleistungen“. Hier finde man unter dem Begriff „Haushalt“ Angebote wie „Allgemeine Haushaltshilfe“, „Fenster putzen“, „Haus/Wohnung reinigen“, „Bügeln“, „Müll sortieren“ usw., unter dem Begriff „Rund um das Haus und die Wohnung“ zum Beispiel „Winterdienst“, „Gehwegreinigung“, „Gartenpflege“, „Haustiersversorgung“ usw., unter dem Begriff „Alltagsbegleitung“ zum Beispiel „Arztbesuche“, „Behördengänge“, „Frisördienstleistungen“ usw. Weiterhin wären Wahlmöglichkeiten zu Angeboten wie „Essen“, „Fremdsprachen“, „Sonstige Dienstleistungen“, „Ambulante Hilfs- und Beratungsangebote“, „Seniorengruppen“, „Wohneinrichtungen“, „Seniorenbüros“, „Seniorenbeiräte“, „Gesprächskreise für pflegende Angehörige“, „Hospizdienste“, „Pflegeeinrichtungen“, „Freiwilligenagenturen und -zentren“, „Auskunft in Erziehungs- und Lebensfragen“ vorstellbar.

Für Familien könnte es Wahlmöglichkeiten zu Angeboten wie „Familienzentren/Kindertagesstätten“, „Schulen“, „Hausaufgabenbetreuung/Nachhilfe“, „Pflegeeinrichtungen“, „Haushaltsnahe Dienstleistungen“, „Ambulante Hilfs- und Beratungsangebote“, „Gesprächskreise für pflegende Angehörige“, „Hospizdienste“, „Freiwilligenagenturen und -zentren“, „Auskunft in Erziehungs- und Lebensfragen“ geben.

Wahlmöglichkeiten zu Angeboten für Jugendliche könnten „Jugendzentren und Jugendtreffs“, „Bildungs- und Freizeitstätten“, „Zeltplätze“, „Jugendherbergen“, „Freiwilligenagenturen und -zentren“, „Auskunft in Erziehungs- und Lebensfragen“ sein.

Für Migrantinnen und Migranten wären Wahlmöglichkeiten zu Angeboten speziell für Frauen, aber auch Angebote wie „Beratung“, „Bildung/Weiterbildung“, „Ehrenamtliche Unterstützung in unterschiedlichen Bereichen“, „Erziehung/Betreuung“, „Freizeitgestaltung/Sport“, „Gesundheit“, „Hausaufgabenhilfe“, „Integration in Arbeit“, „Integrationslotsinnen und -lotsen“, „Interkulturelle Öffnung“, „Interreligiöser Dialog“, „Jugendarbeit“, „Kultur“, „Lernförderung“, „Öffentlichkeitsarbeit“, „Sport“, „Sprache“, „Stärkung der Elternkompetenz“, „Stärkung des Ehrenamtes“ und „Übergang Schule – Beruf“ vorstellbar.

Herr Borm schlug vor, auch noch die Selbsthilfegruppen mit aufzunehmen. Auch Ärztinnen und Ärzte sowie Sportvereine sollten ergänzt werden.

Abg. Forster stellte fest, dass die von KRin Krabbe vorgetragene Eckpunkte ein guter Diskussionsbeitrag für das weitere Vorgehen seien. Auch sei ihm wichtig, dass die Angebote mit den Kommunen verlinkt würden. Der Bereich „Arbeitsuchende“ solle ebenfalls ein Punkt sein, der aufgenommen werden müsse, ebenfalls das Anbieten von Formularen für die Beantragung von Transferleistungen. Hierfür könne man auch eine Vernetzung zur Seite des Landkreises Aurich vornehmen. Er schlug vor, den Kreistagsabgeordneten vor Abschluss des Programms eine Testversion zur Verfügung zu stellen, damit sie sich eventuell noch einbringen könnten. Als Sozialdemokrat sei es ihm auch noch wichtig, alle sozialrelevanten Daten des Landkreises Aurich als zweite Säule mit in den Sozialatlas einzubringen, ebenso Links zu den überregionalen Verbänden, wie zum Beispiel Arbeiterwohlfahrt und Diakonie. KRin Krabbe erklärte, dass sie eine Testversion befürworte.

Herr Bagusat regte an, Hinweise für Leistungsempfängerinnen und -empfänger nach dem Zweiten und Zwölften Buch Sozialgesetzbuch aufzunehmen, außerdem Verlinkungen vorzunehmen zur Diakonie, zum Tagesaufenthalt, Möbellager, Sozialem Kaufhaus, zur Kleiderkammer und zur Schuldnerberatung. Hierzu erklärte KRin Krabbe, dass es aus Bundesmitteln noch eine Datenbank „Regionales Netzwerk für Alleinerziehende im Land-



kreis Aurich" (ReNA) gäbe, aus der man diesbezügliche wichtige Daten in den Sozialatlas überführen könne.

**Abg. Odens** fragte an, ob man das Portal auch mehrsprachig ausführen könne, damit Migrantinnen und Migranten auch Nutzen daraus ziehen könnten. **KRin Krabbe** erwiderte, dass eine Mehrsprachigkeit nicht angedacht sei, weil zu viele Sprachen eingepflegt werden müssten. Sie denke da eher an Deutschkurse, die angeboten werden müssten, damit Migrantinnen und Migranten den Sozialatlas lesen könnten.

**Abg. Jeromin-Oldewurtel** erkundigte sich, ob der Internetauftritt barrierefrei sei, was von **KRin Krabbe** bejaht wurde.

**Abg. Harms** fragte, wann der Internetauftritt für den Sozialatlas fertig sei. **KRin Krabbe** antwortete, dass das Ende des I. Quartals hierfür avisiert sei.

**Abg. Forster** schlug vor, eventuell einen anderen Arbeitsbegriff für den Sozialatlas zu finden. **KRin Krabbe** gab diesen Wunsch an die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der Presse weiter. Vielleicht gäbe es ja kreative Bürgerinnen und Bürger, die einen treffenderen Begriff dafür finden würden. **Die Vorsitzende** schlug den Begriff Sozialkompass vor.

**Abg. Albers** erkundigte sich, wie Personen, die über keinen Computer verfügten, an die Informationen herankämen. **KRin Krabbe** antwortete, dass diese Personen in die Verwaltung kommen und sich die gewünschten Angebote ausdrucken lassen könnten.

Da keine weiteren Fragen gestellt wurden, bedankte sich **die Vorsitzende** bei **KRin Krabbe** für die Ausarbeitung und Vorstellung des Vorschlages für einen Sozialatlas.

---

## TOP 6 Sachstandsbericht über die Einführung einer "Landkreis-Card"

**KOAR Christoffers** rief zu diesem Tagesordnungspunkt in Erinnerung, dass die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Schreiben vom 20.08.2013 einen Antrag auf Einführung einer Landkreis-Card gestellt habe und dass in der Sitzung des Kreistages am 25.09.2013 beschlossen worden sei, dass die Thematik vorerst im Fachausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung besprochen werden solle. Zur Vorbereitung dieser Thematik habe er die Städte, Samtgemeinden und Gemeinden des Landkreises Aurich mit Schreiben vom 29.10.2013 um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

- Welche sozialen Vergünstigungen außerhalb der Ehrenamtskarte gibt es in Ihrer Stadt, Samtgemeinde oder Gemeinde?
- Wie werden diese Vergünstigungen in Anspruch genommen?
- Welche Kosten sind durch die Vergünstigungen aufgewendet worden?
- Wären Sie bereit, sich an einer Landkreis-Card zu beteiligen?

Folgende sechs Antworten seien bis dato eingegangen:

In der Samtgemeinde Hage gäbe es keinen Sozialpass bzw. Ermäßigungskarte. Aus diesem Grunde würde sich die Samtgemeinde auch nicht an einer Landkreis-Card beteiligen.

In der Gemeinde Großheide gäbe es ebenfalls keine Vergünstigungen, weil es dort keine Einrichtung gäbe, die in den Pool für eine Card eingebracht werden könne. Nach Ansicht der Gemeinde werde diesem Personenkreis doch auch vieles durch das Paket „Bildung und Teilhabe“ zur Verfügung gestellt.

Die Gemeinde Ihlow gewähre ebenfalls keine Vergünstigungen und sei aufgrund ihrer angespannten Finanzlage auch nicht bereit, freiwillige Leistungen zu erbringen.

Die Gemeinde Hinte gewähre keine sozialen Vergünstigungen außerhalb der Ehrenamtskarte und sei auch nicht bereit, sich an einer Landkreis-Card zu beteiligen.

Die Gemeinde Südbrookmerland gewähre neben der Ehrenamtskarte ebenfalls keine sozialen Vergünstigungen. Grundsätzlich sei sie aber bereit, sich an einer Landkreis-Card zu beteiligen. Eine endgültige Entscheidung darüber könne allerdings erst getroffen werden, wenn die voraussichtlichen Kosten für die Gemeinde beziffert werden könnten.

Die Stadt Norden habe am 13.09.2007 den „Norder Pass“ eingeführt. Für bedürftige Kinder und Jugendliche bis zum 17. Lebensjahr aus Norden seien Vergünstigungen wie

1. Übernahme der Mitgliedsbeiträge von Sportvereinen,
2. Übernahme der Kosten für Angebote der Kunstschule Norden,
3. Übernahme des Entgelts für die Jahreskarte der Stadtbibliothek und
4. Übernahme der Kosten für Angebote der Aktionsgemeinschaft Ferienprogramm der Stadt Norden

übernommen worden. Der Höchstbetrag der Vergünstigung habe 120,00 € pro Kind betragen. Nach Einführung des Bildungs- und Teilhabepaketes bestehe nur noch auf die Kosten für das Ferienprogramm ein Anspruch. Hierfür würden Haushaltsmittel in Höhe von 2.000,00 € zur Verfügung gestellt werden. Im Jahr 2012 seien 22 Berechtigungsscheine ausgestellt worden, wofür Kosten in Höhe von 1.016,00 € entstanden seien. Die Frage zur Beteiligung an einer Landkreis-Card bedürfe noch einer Klärung.

Anmerkung: Die Stellungnahme der Stadt Wiesmoor ist am 07.11.2013 eingegangen. Danach steht die Stadt Wiesmoor der Einführung einer Landkreis-Card positiv gegenüber. Um jedoch letzte Bedenken aus dem Wege zu räumen, bittet sie, diese Thematik in einer der nächsten Sitzungen der Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamten auf die Tagesordnung zu setzen und entsprechen hierüber zu berichten.

**Abg. Forster** sah keine Grundlage, momentan über die Landkreis-Card beschließen zu können. Die Kommunen hätten sich noch nicht genügend damit beschäftigt. Wichtig sei für ihn auch, durch die Landkreis-Card Vergünstigungen des Öffentlichen Personennahverkehrs anbieten zu können. Der finanzielle Faktor müsse noch beraten werden. Er schlug vor, das Thema auf der nächsten Sitzung Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamten zu thematisieren und somit die Kommunen zu sensibilisieren. Anschließend solle das Thema wieder auf die Tagesordnung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung gesetzt werden.

**Herr Bagusat** regte an, sich an dem Oldenburger Sozialpass zu orientieren, da darin sogar Rabatte durch die Geschäftswelt eingeräumt würden. Er würde sich diesbezüglich noch bei der Stadt Oldenburg erkundigen.

**Abg. Albers** bedankte sich, das Thema zeitnah, jedoch sehr kurzfristig angefasst zu haben. Sie lasse sich jedoch nicht entmutigen und hoffe auf Umsetzung der Landkreis-Card in einem Zeitraum von einem Jahr.

**Abg. Dirksen** erklärte, dass das Ganze auch finanziell tragbar sein müsse. Die Kommunen müssten mitmachen und deshalb sei es notwendig, dass sich zunächst die Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamten damit beschäftigen.



Sodann wurde einstimmig beschlossen, das Thema „Landkreis-Card“ auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamten setzen zu lassen, damit auf dieser Ebene zunächst eine Meinung gebildet werden könne.

---

**TOP 7**                    **Bericht über die Zuweisung von Asylbewerberinnen und Asylbewerber in den Landkreis Aurich**

Einleitend erklärte die **Vorsitzende**, in der Zeit vom 06.09.2013 bis 08.09.2013 seien 24 ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger in zwei Unterkünften in Loquard untergebracht gewesen, die nicht wünschenswert gewesen seien. Der Landkreis Aurich habe aber schnell gehandelt und die untergebrachten Personen sofort nach Bekanntwerden der bestehenden Mängel anderweitig untergebracht. Sie habe sich daraufhin am 23.09.2013 mit dem Unterstützerkreis Loquard und Herrn Christoffers getroffen und die Problematik sei gemeinsam erörtert worden. Sie übergab KOAR Christoffers das Wort, diese Problematik vorzutragen.

**KOAR Christoffers** erläuterte, dass in dem Erlass des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport vom 30.08.2013 mitgeteilt worden sei, dass aufgrund der Prognosemitteilung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) mit einem Anstieg der Asylanträge zu rechnen sei. Dies solle bei der Planung der Unterbringungsmöglichkeiten berücksichtigt werden.

In einem Schreiben vom 22.10.2012 an alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im Landkreis Aurich seien diese über die Sachlage bezüglich der verstärkten Zuweisung von Asylbewerberinnen und -bewerbern in Kenntnis gesetzt und gleichzeitig um Mithilfe bei der Suche nach geeigneten Mietwohnungen gebeten worden.

Im Rahmen eines Pressegespräches am 13.11.2012 und anschließender Veröffentlichung in der hiesigen Presse sei seitens des Sozialamtes eindringlich um Wohnraum und Möbel für Flüchtlinge gebeten worden.

Mit Schreiben vom 10.12.2012 habe die Landesaufnahmebehörde Niedersachsen in Braunschweig mitgeteilt, dass der Landkreis Aurich in 2013 391 Asylbewerberinnen und -bewerber aufnehmen müsse. Im Dezember 2012 sei mit der Landesaufnahmebehörde vereinbart worden, dass der Landkreis Aurich wöchentlich eine Familie aufnehmen und unterbringen werde.

Mit Erlass des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport vom 24.05.2013 sei der Landkreis Aurich darüber informiert worden, dass in der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen verstärkt steigende Zugangszahlen zu verzeichnen seien. Die aufnahmepflichtige Kommune habe zum Zuweisungszeitpunkt die Aufnahmefähigkeit sicherzustellen.

Am 27.05.2013 seien die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister erneut angeschrieben und über den Erlass vom 24.05.2013 informiert worden. Sie seien noch einmal eindringlich gebeten worden, geeigneten Wohnraum mitzuteilen.

Mit Schreiben vom 18.07.2013 habe die Landesaufnahmebehörde Niedersachsen mitgeteilt, dass das Verteil- und Zuweisungsverfahren wegen der extrem gestiegenen Zugangszahlen von Asylbewerberinnen und -bewerbern gestrafft werden müsse. Die Asylbewerberinnen und -bewerber würden ab sofort im wöchentlichen Rotationsverfahren zur Aufnahme verteilt.



Seit dem 22.08.2013 sei das angekündigte neue Verteil- und Zuweisungsverfahren umgesetzt worden. Der Landkreis Aurich habe in der Zeit vom 29.08.2013 bis 19.09.2013 insgesamt 54 Personen, überwiegend Einzelpersonen, aufnehmen müssen.

Am 22.08.2013 habe das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport im Rahmen eines Telefongesprächs mitgeteilt, dass Herr Wilke Saathoff bereits im Dezember 2011 seine Bereitschaft zur Aufnahme von Asylbewerberinnen und -bewerber mitgeteilt habe.

Am 27.08.2013 habe der Landkreis Aurich der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen mitgeteilt, dass er große Probleme hinsichtlich der Unterbringung von Einzelpersonen habe und dass es im Landkreis Aurich keine Gemeinschaftsunterkünfte gäbe. Gleichzeitig habe der Landkreis Aurich angeboten, wie bisher wöchentlich eine Familie aufzunehmen.

In seiner Not – es stand kein anderer Wohnraum zur Verfügung – habe der Landkreis Aurich, so **KOAR Christoffers** weiter, für die Unterbringung der 24 Asylbewerberinnen und -bewerber auf einen Anbieter zurückgegriffen und die Wohnungen in Loquard (ein altes Gasthaus sowie ein Bauernhof) angemietet. Dies sei – wie bekannt – wegen brandschutztechnischer Mängel gescheitert. Seit dieser Erfahrung habe man die Vorgehensweise bei der Unterbringung von Asylbewerberinnen und -bewerbern geändert. Wohnungsangebote würden im Vorfeld aufwendig geprüft werden. Es seien dafür extra zwei zusätzliche Mitarbeiter, eine Vollzeit- und eine Halbtagskraft, eingestellt worden. Außerdem werde der Asylkreis Krummhörn bei der Betreuung der Neuankömmlinge mit eingebunden.

Ein Problem sei, dass die Asylbewerberinnen und -bewerber nicht über ein Konto verfügten und somit Schecks ausgestellt werden müssten. Es werde jetzt an einer Regelung gearbeitet, dass die Asylbewerberinnen und -bewerber den Geldautomaten in den Jobcentern Aurich und Norden benutzen können. Entsprechende Schnittstellen müssten noch eingerichtet werden.

Das Sozialamt habe zurzeit eine Vorlaufzeit von eineinhalb Wochen für die Beschaffung von Wohnraum für die neu zugewiesenen Personen. Es sei sehr sehr schwer, Wohnungen zu finden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter würden viel telefonieren und quasi um Wohnraum betteln. Die Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamten seien in der letzten Sitzung noch einmal eindringlich gebeten worden, sich ebenfalls einzubringen, jedoch leider ohne Erfolg.

**Die Vorsitzende** erklärte, dass dies so nicht gehe. Im ländlichen Bereich sei es nicht schwerer, Wohnraum zu finden als im städtischen Bereich. Die Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamten hätten sich ebenfalls mit einzubringen.

**KOAR Christoffers** erläuterte weiterhin, dass der Landkreis Aurich im Jahre 2012 nicht genug Asylbewerberinnen und -bewerber aufgenommen habe und deshalb für 2013 ein Kontingent von 391 Personen zugewiesen bekommen habe. Davon seien bereits per 14.11.2013 insgesamt 268 Personen zugewiesen worden. Für das Jahr 2014 sei eine Aufnahmequote von 259 Personen vorgesehen. Zusammen mit dem noch fehlenden Kontingent für 2013 müssten somit bis Ende 2014 insgesamt 382 Personen untergebracht und betreut werden.

Zurzeit stehe das Sozialamt vor dem Problem, wöchentlich ca. 20 Personen aufnehmen zu müssen. Dies sei insbesondere deshalb schon so schwierig, weil es viele Einzelpersonen seien. Familien unterzubringen sei einfacher, weil hierfür mehr Wohnraum zur Verfügung stehe.

**Abg. Sievers** erklärte, dass er hier neben dem personellen Problem auch ein Finanzierungsproblem sehe und erkundigte sich, wie sich das Land Niedersachsen dies vorstelle. **KRin Krabbe** erklärte, dass das Land eine Pauschale in Höhe von zurzeit 5.036,00 € zahle, die jedoch nicht auskömmlich sei. Hinzu käme, dass hierbei nicht die aktuelle Anzahl der Flüchtlinge berücksichtigt werde, sondern die des vorvergangenen Jahres. **KOAR Christoffers** erklärte, dass er für das Haushaltsjahr 2013 mit einem Defizit in Höhe von 600.000,00 € rechne. Weitere Probleme seien der Zeitpunkt der Entscheidung sowie das Ergebnis der Entscheidung über die Asylanträge. Menschen aus den Balkanstaaten würden in der Regel keine Anerkennung erhalten, wohl aber Menschen aus Syrien und dem Iran. **Abg. Jeromin-Oldewurtel** stellte fest, dass es in dem Stadtteil, in dem sie wohne, sehr viel Wohnungsleerstand gäbe. Sie schätze, dass es in Norden über einhundert leerstehende Häuser gäbe. Man sollte doch die Eigentümerinnen und Eigentümer ansprechen. **KOAR Christoffers** erklärte, dass dies bereits gemacht werde, jedoch ohne Erfolg. Viele Vermieterinnen und Vermieter wollten nicht an Ausländerinnen und Ausländer vermieten, selbst dann nicht, wenn der Landkreis Aurich als Mieter auftrete. **KRin Krabbe** schlug vor, bezüglich der nicht auskömmlichen Pauschale über die politische Schiene an das Land Niedersachsen heranzutreten.

**Abg. Sievers** erkundigte sich, wie lange die Flüchtlinge bei uns beheimatet werden müssten. Hierbei würden ja die Gründe für den Asylantrag eine Rolle spielen. Dies sei, so **die Vorsitzende**, im Gesetz vorgeschrieben.

**Abg. Sell** erkannte ebenfalls zwei Probleme, nämlich zum einen das finanzielle Problem, das jedoch gelöst werden könne. Zum anderen der nicht vorhandene Wohnraum. Hier müssten die Vermieterinnen und Vermieter bewegt werden, diesen für die Asylbewerberinnen und -bewerber zur Verfügung zu stellen. Er bat um Vorschläge der Verwaltung, wie Wohnraum zu bekommen sei. **Die Vorsitzende** schlug vor, das Ehrenamt mit einzu beziehen. **KOAR Christoffers** erklärte, dass die meisten Gemeinden ihre Quote noch nicht erfüllen würden. Man müsse deshalb an sie herantreten. **Die Vorsitzende** erklärte, aus diesem Grunde sollten die Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamten mit einbezogen und die Problematik auch in den Gemeinderäten erörtert werden. **Abg. Dirksen** erkundigte sich nach dem Mietpreisspiegel, ob die Miete lukrativ sei. Viele Vermieterinnen und Vermieter würden ihre Wohnungen außerhalb der Saison an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der ENERCON GmbH vermieten, warum nicht auch an Asylbewerberinnen und -bewerber. **KOAR Christoffers** erklärte, dass dies auf die Wohnung, insbesondere auf deren Ausstattung, ankäme. Man müsse natürlich im Rahmen bleiben. **Die Vorsitzende** erklärte, dass man sich hier der Verantwortung nicht entziehen könne und dass diese Problematik deshalb als Tagesordnungspunkt in der nächsten Sitzung der Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamten besprochen werden solle. **Abg. Sievers** bekräftigte dieses. **KOAR Christoffers** erklärte, dass er auf einer Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der Leiterinnen und Leiter der Sozialämter im ehemaligen Regierungsbezirk Weser-Ems gewesen sei. Dort hätten zwei Vertreter des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport die Situation des Landes erklärt. Zum Beispiel hätten diese erläutert, dass oft vier Personen in einem kleinen Zimmer untergebracht werden müssten, weil so viele Flüchtlinge vorhanden seien und dass deshalb das Land ein großes Interesse habe, diese Situation zu entkrampfen und somit die Menschen so schnell wie möglich auf die Landkreise und kreisfreien Städte verteile.

**Abg. Forster** befürchtete, dass die Situation drohe, dramatisch zu werden. Sammelunterkünfte seien für ihn nicht denkbar. Man solle mit dem Land verhandeln, Wohnraum zu schaffen. Konzertierte Aktionen auf allen Ebenen seien notwendig.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, dankte **die Vorsitzende** **KOAR Christoffers** für den Sachstandsbericht.

**TOP 8**            Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 12.10.2013  
und vom 15.10.2013: Wohnraum für Asylbewerberinnen und Asyl-  
bewerber  
Vorlage: VIII-AF/2013/022

**Abg. Albers** stellte den Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 12.10.2013 vor. Sie beklagte sich darüber, dass Beschlüsse, zum Beispiel mehr Integrationslotsinnen und -lotsen einzustellen, nicht umgesetzt worden seien. Dank der Zustände in Loquard müsse man sich jetzt Gedanken darüber machen, wie man Wohnraum für Asylbewerberinnen und -bewerber beschaffen könne. Dies solle nicht nur auf ehrenamtlicher Basis geschehen. Die Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamten sollten in die Betreuung mit eingebunden werden. Sie forderte mehr Integrationsbeauftragte und ebenfalls eine Willkommenskultur für die aufzunehmenden Asylbewerberinnen und -bewerber.

Die **Vorsitzende** erklärte, dass Integrationslotsinnen und -lotsen seit Jahren ausgebildet würden und dass in diesem Ausschuss über finanzielle Mittel nicht entschieden werden könne.

**Abg. Forster** stellte fest, dass das Projekt der Integrationslotsinnen und -lotsen bislang über Fördergelder des Landes angelaufen sei, Integrationslotsinnen und -lotsen bislang aber noch nicht tätig seien.

**KRin Krabbe** teilte mit, dass für den Kinderschutzbund in Norden und die Kreisvolkshochschule Aurich elf Integrationslotsinnen und -lotsen ehrenamtlich tätig seien. Man könne sie nicht verpflichten. Man könne jedoch vielleicht in einer konzertierten Aktion alle Integrationslotsinnen und -lotsen zu einem Gespräch bitten, um über ihre zukünftige Arbeit und zeitliche Verfügbarkeit zu sprechen. Wie auch schon die Erfahrung bei den Senioren- und Pflegebegleiterinnen und -begleitern gezeigt habe, sei es schwierig, Personen für eine solche Freiwilligenarbeit zu gewinnen. Sie schlage vor, insbesondere auch in Unternehmen Personen anzusprechen, die in Rente gingen.

**Abg. Forster** war es wichtig, so viele Personen wie möglich für diese Arbeit zu gewinnen. Man solle dies auch in den Fraktionen politisch diskutieren. Auch sollten Migrantinnen und Migranten, die hier schon länger lebten, mit einbezogen und Asyldreise aktiviert werden.

**Abg. Jeromin-Oldewurtel** kritisierte die Auflösung der Sozialämter in den Städten, Samtgemeinden und Gemeinden. Früher seien die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sozialämter mit offenen Augen durch die Gemeinden gegangen und hätten gesehen, wo irgendetwas nicht in Ordnung war. Heute sei alles anonym. Sie wünschte sich, dass die Asylantinnen und Asylanten vor Ort willkommen seien. Die Umsetzung könne man nicht nur auf das Ehrenamt schieben. Hierzu erklärte **KOAR Christoffers**, dass die soziale Betreuung früher auch nicht durch die Gemeinden erfolgt sei. Die **Vorsitzende** ergänzte, dass hierfür finanzielle Mittel erforderlich seien und schlug deshalb zunächst eine Beratung in den Fraktionen und mit den Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamten vor. Dem widersprach **Abg. Albers**. Sie wünschte eine Abstimmung über die Punkte 1, 2.1, 2.2 und 2.4 ihres Antrages vom 12.10.2013. Mit der Verweisung des Punktes 2.3 (Integrationsbeauftragte auf ehrenamtlicher Basis auszubilden, aktiv zu unterstützen und regelmäßig anzuhören) in die Fraktionen war sie einverstanden.

**Abg. Frerichs** vertrat die Auffassung, dass **KOAR Christoffers** zu dem Punkt 2.1 bereits ausführlich vorgetragen habe. **Abg. Forster** vertrat ebenfalls die Auffassung, dass sowohl

der Punkt 2.1 als auch der Punkt 2.2 hinreichend vorgetragen worden seien. Zum Punkt 1 (Tagung des Runden Tisches) schlug er vor, zunächst den Flüchtlings- und Ausländerbeauftragten, Herrn Tobiassen, zu hören. **Abg. Frerichs** beantragte, nicht über die Punkte zu beschließen, sondern nur darüber, ob die Auseinandersetzung darüber zunächst in die Fraktionen verwiesen werden sollte. **Abg. Dirksen** erklärte, er möchte den Antrag nicht ablehnen, möchte diesen aber gerne noch vor der nächsten Sitzung des Ausschusses in seiner Fraktion behandeln, bevor er darüber abstimmen könnte. Dem schlossen sich die anderen Fraktionen an und auch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erklärte sich damit einverstanden.

---

**TOP 9**                    Erweiterung des Selbstbehauptungstrainings für alle 5. Klassen an weiterführenden Schulen in Trägerschaft des Landkreises Aurich  
Vorlage: VIII/2013/208

**Frau Rewerts** erläuterte die Sitzungsvorlage. Nach kurzer Besprechung wurde einstimmig mit einer Enthaltung beschlossen,

dem Kreisausschuss zu empfehlen zu beschließen, das bislang in allen Förderschulen im Landkreis Aurich durchgeführte Selbstbehauptungstraining ab 2014 auch in allen 5. Klassen an weiterführenden Schulen in Trägerschaft des Landkreises Aurich durchzuführen, sofern entsprechende Mittel im Haushalt 2014 endgültig bereitgestellt werden.

---

**TOP 10**                    Verschiedenes, Wünsche und Anregungen

**Herr Bagusat** richtete die Bitte an **Frau Krabbe** und **Herrn Christoffers**, dem Jobcenter nicht noch mehr Arbeiten aufzubürden. Er denke dabei insbesondere an die Auszahlung der Tagessätze an obdachlose Menschen. Diese Aufgabe sei am besten – wie vorher auch schon – in den Tagesaufenthalten aufgehoben. Hierzu erklärte **Herr Hülsebus**, dass mit dem Landkreis Aurich eine Probephase vereinbart worden sei und danach eine Evaluation erfolgen solle. Das Ergebnis sei also noch offen, ob die Auszahlung der Tagessätze dann weiterhin durch das Jobcenter erfolge oder wieder auf die Träger der Tagesaufenthalte übertragen werde.

---

**TOP 11**                    Schließung der Sitzung

**Die Vorsitzende** schloss den öffentlichen Teil der Sitzung um 17:00 Uhr.

---

Ingeborg Kleinert  
Vorsitzende/r

---

Olga Albers  
Protokollführer/in